Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1903

16.1.1903 (No. 15)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. Januar.

№ 15. **1903.**

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsr. Ztg." -- gestattet.

Die preußischen Reichsfinanzen.

△ **Berlin,** 15. Januar.

Nachdem in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der bisherige Vorstand durch Zuruf wiedergewählt worden war, legte der Finanzminister Frhr. von Rheinbaben mit der Rechnung von 1899 und der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben von 1901 den Entwurf des Staatshaushaltsetats für 1903 vor. Obwohl das Bild, welches in der Etatsrede von der Finanzlage Preußens entrollt werden mußte, ein nichts weniger als günstiges ist, wurden die Ausführungen des Finanzministers vielfach von lebhaftem Beifall des Hauses begleitet. Namentlich seine Darlegung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, der fortdauernden schwierigen Lage der Landwirtschaft und der großen Schwierigkeiten, unter denen die Eisenindustrie bei dem plötzlichen starken Rückgange des Inlandskonsums zu kämpfen hat, fand allseitige Zustimmung.

Die Finanzlage Preußens charakterisiert sich nach den Darlegungen des Finanzministers durch folgende Daten. Das Jahr 1901 hat mit einem Fehlbetrage von $37^1/_2$ Millionen Mark abgeschlossen, das Jahr 1902 wird voraussichtlich mit einem Fehlbetrage von 35 Millionen abschließen und zur Balanzierung des Staatshaushaltsplanes für 1903 bedarf es einer Anleihe von 72 Millionen Mark. Die Ursache dieser ungünstigen Entwicklung ist vornehmlich in dem bisher noch nie dagewesenen starken Rückgang der Eisenbahneinnahmen und dem entsprechenden starken Rückgang des Eisenbahnüberschusses zu suchen. Die Mindererträge der Eisenbahnen haben im Jahre 1901 nicht nur die sehr beträchtlichen Mehreinnahmen aus anderen Verwaltungszweigen, namentlich den Forsten, den direkten und indirekten Steuern, völlig aufgezehrt, sondern auch noch den bereits erwähnten starken Fehlbetrag im Staatshaushalt verursacht. Im laufenden Jahre stellen die Forsten, sowie die direkten und indirekten Steuern, sowie auch andere Einnahmezweige beträchtliche Mehreinnahmen über den Etatsansatz in Aussicht. Aber auch diese reichen nicht entfernt aus, um den Minderüberschuß aus den Eisenbahneinnahmen auszugleichen. Im Jahre 1903 konnten, abgesehen von der Forstverwaltung, welche wiederum eine beträchtliche Mehreinnahme in Aussicht stellt, bei den übrigen Ueberschußverwaltungen ebenso hohe Mehrerträge wie in den Vorjahren nicht in Aussicht genommen werden, im Gegenteil mußte bei der Berg- und Hüttenverwaltung ein Minderüberschuß von 4 Millionen in Ansatz gebracht werden. Es fällt daher der bei den Eisenbahnen zu etatisierende Ausfall nahezu unverkürzt der Balanzierung des Etats zur Last. Trotz dieser ungünstigen Gestaltung der Einnahmeverhältnisse ist von einer Kürzung der Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zur Vervollkommnung ihrer Einrichtungen und Erweiterung ihres Fuhrparkes nicht die Rede. Im Gegenteil sind im Jahre 1902 über den Etat hinaus Summen zur rascheren Ausführung der in Angriff genommenen Bauten zur Verfügung gestellt worden. Durch diese Bewilligung ist der Fehlbetrag im Ordinarium von 30 Millionen Mark um 5 Mill. Mark gesteigert worden. Auch für 1903 werden der Eisenbahnverwaltung neben ausreichender Dotierung des Ordinariums zur Bestreitung ihrer einmaligen Ausgaben weitere 91 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, so daß ihr, namentlich wenn der Plan, in den Dispositionsfonds zu unvorhergesehenen Ausgaben weitere 30 Millionen Mark abzuführen, gelingt, so reichliche Mittel zur Erweiterung ihrer stehenden Anlagen und namentlich zur Vermehrung ihres Fuhrparkes zur Verfügung stehen werden, wie nur in irgend einem der Vorjahre. Volks- und staatswirtschaftliche Rücksichten weisen aber in gleicher Weise darauf hin, die Eisenbahnverwaltung in knappen Zeiten nicht übermäßig in ihren Ausgaben zu verkürzen, um dann in Zeiten der Hochkonjunktur zu um so größerer Ausgabe genötigt zu sein. Die großen Schwankungen in den Eisenbahnerträgen, welche sich in den Tatsachen wiederspiegeln, daß der für die allgemeine Staatsausgabe verfügbare Teil des Eisenbahnüberschusses bis zum Jahre 1901 auf 185 Millionen Mark gestiegen war, 1902 aber auf 157 Millionen Mark gefallen ist und für 1903 noch weiter auf 110 Millionen Mark fallen wird, legen die Frage nahe, ob nicht Fürsorge dafür zu treffen sein wird, daß auch in schlechten Jahren die Eisenbahnverwaltung sowohl den erwähnten Dispositionsfonds erhalten, als auch ihr Extraordinarium reichlich bedacht werden kann. Es wird daher zwischen den beteiligten Ressortministern der Plan erwogen, einen Ausgleichsfonds von 200 Millionen Mark aus Rechnungsüberschüssen anzusammeln, zunächst um der Eisenbahnverwaltung in mageren Jahren den Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben zur Verfügung stellen zu können, sodann um einen durch Mindereinnahmen der Eisenbahnen hervorgerufenen Fehlbetrag auszugleichen und endlich, um ohne Inanspruchnahme des Staatskredits, die dem Bedürfnis entsprechende Ausstattung des Extraordinariums der Eisenbahnverwaltung zu ermöglichen. Daneben soll zunächst für die Jahre 1903 und 1904, in denen auf Rechnungsüberschüsse nicht gerechnet werden darf, die Aufstellung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung durch Flüssigmachung einer Anleihe von 60 Millionen Mark gesichert werden. Der Finanzminister betonte, daß sich für 1903 aus den Anmeldungen ein Fehlbetrag von 230 Millionen Mark ergeben hätte. Daß dieser auf 72 Millionen Mark herabgesetzt werden konnte, ist der Einwirkung des Finanzministers und seiner Räte zuzuschreiben. Aus den Einzelausführungen des Finanzministers ist als besonders charakteristisch die Erklärung hervorzuheben, daß die Staatsregierung in bezug auf die Polenpolitik genau in den bisher festgelegten Bahnen fortfahren und auch in Zeiten finanzieller Ebbe in bezug auf Maßregeln zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken nicht kargen werde.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* **Berlin,** 14. Januar.

Abg. Gothein (freis. Vereinig.) bemerkt, den deutschen Petroleumraffinerien würde es gehen, wie den in Frankreich bestehenden 24, welche sämtlich unter der Kontrolle Rockefellers stehen, weil sie ihr Rohpetroleum von ihm beziehen. Mit Bakuöl und galizischem Oel könne man eben keine Geschäfte machen. Hinter der Resolution scheine doch das Interesse der Spiritusproduzenten zu lauern.

Abg. Graf Kanitz (kons.) bemerkt gegenüber dem Abg. Gothein, er habe im Landeseisenbahnrat allerdings gegen die Tarifierung des galizischen Petroleums gestimmt, aber nicht um die Konkurrenz gegen den Spiritus fernzuhalten, sondern, weil Petroleum ein ganz außerordentlich wichtiges Kompensationsobjekt für die bevorstehenden Handelsverträge sei.

Abg. Gothein (freis. Vereinig.) entgegnet, es scheine hiernach, daß Kanitz für Handelsverträge eintrete.

Abg. Kanitz (kons.) sagt: Ich bin durchaus kein Freund von Handelsverträgen, aber weil trotz meines Widerstrebens doch vermutlich Handelsverträge abgeschlossen werden, kann mir nur daran liegen, daß die Verträge möglichst günstiger ausfallen, als die alten. Die Worte der Resolution beziehen sich doch nur auf die Zollsätze.

Nach weiterer Debatte wird über die Resolution namentlich abgestimmt. Das Haus, das bisher schwach besetzt war, füllt sich vor der Abstimmung. Die Resolution, betreffend verschiedene Zollsätze für Petroleum, wird mit 152 gegen 70 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Frage der Meistbegünstigung.

Es folgt die Beratung der Resolution der Abgg. Heyl-Kanitz-Kardorff, den Reichskanzler zu ersuchen, vor Erneuerung der bestehenden Tarifverträge das vertragsmäßig oder herkömmlich bestehende Meistbegünstigungsverhältnis zu allen denjenigen Ländern zu lösen, von welchen in bezug auf Zollgesetzgebung und zollamtliche Behandlung deutscher Waren nicht volle Reziprozität gewährt wird. Zugleich wird zur Diskussion gestellt eine Resolution Speck, die auf Lösung des Meistbegünstigungsverhältnisses zu allen denjenigen Ländern hinzielt, bei welchen die Erfahrung gezeigt hat, daß ein solches Verhältnis den deutschen Interessen nachteilig gewesen ist, und die ersucht, darauf hinzuwirken, daß mit solchen Ländern reine Meistbegünstigungsverträge nicht mehr abgeschlossen werden.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim begründet seine Resolution: Meistbegünstigungsverträge seien Prämien geworden auf die Rücksichtslosigkeit anderer Staaten. Die Handelsbilanz mit den außereuropäischen Meistbegünstigungsländern sei passiv zu 123 Proz. Er und seine Freunde würden keinem Handelsvertrag zustimmen, der ermögliche, daß die überseeischen Meistbegünstigungsländer uns mit Getreide überschwemmten. Warum sollten wir nicht, wie die kleine Schweiz, den Mut haben, die Meistbegünstigungsverträge zu kündigen.

Abg. Speck (Zentr.) befürwortet seine Resolution. Ohne Kündigung der Meistbegünstigungsverträge gelangten wir nicht zu Tarifverträgen mit Argentinien und den Vereinigten Staaten. Der jetzige Zeitpunkt sei zu einem Vorgehen nach dieser Richtung sehr geeignet. Die Kündigung der Meistbegünstigungsverträge liege ebenso sehr im Interesse der Industrie, wie der Landwirtschaft.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist erklärlich, daß man sich im Augenblick der Verabschiedung des Zolltarifs auch mit der Frage beschäftigt, wie sich in Zukunft unsere handelspolitischen Verhältnisse zu anderen Staaten gestalten werden. Aber Sie werden mir zugeben, daß für die Verbündeten Regierungen der gegenwärtige Zeitpunkt der ungünstigste ist, sich eingehend über diese Verhältnisse zu äußern. Es ist vielleicht während der Verhandlungen des Hohen Hauses in der Kommission manches Wort gesagt worden, und die Regierung wurde genötigt, manches zu sagen, was besser nicht gefragt worden wäre, denn die Zuhörer außerhalb des Hohen Hauses sind, wie ich versichern kann, viel aufmerksamer, wie Sie glauben. Es ist vorher von der kleinen Schweiz die Rede gewesen. Ja, wenn Deutschland die neutralisierte kleine Schweiz wäre, wenn wir nicht größere Interessen zu vertreten hätten, so könnten wir vielleicht auch manches anders machen. Ein Staat, der eine Weltstellung wie Deutschland hat, ist durch seine ganze äußere Stellung genötigt, manche Rücksicht zu nehmen, die ein kleiner Staat nicht zu nehmen braucht. Die Frage der Meistbegünstigung ist akademisch ja schon oft erörtert worden. Es existiert darüber eine große Literatur, aber alle Schriftsteller kommen da zu demselben Schluß. Es läßt sich für die Anwendung allgemeiner Meistbegünstigungsverträge kein durchgehendes Prinzip feststellen. Es soll keineswegs verkannt werden, daß die Meistbegünstigung auch schwere Nachteile hat, aber allgemein wird man doch innerhalb Europas an ihr festhalten und festhalten müssen. Würden wir den allgemeinen Grundsatz der Meistbegünstigung aufgeben, so würden wir in unserem Welthandelsverkehr etwa in einen ähnlichen Zustand geraten, wie der, in dem sich der deutsche Handelsverkehr befand, bevor der allgemeine deutsche Zollverein begründet wurde. Wir würden unserem Handel Schranken und Lasten auferlegen, die mit dem Weltverkehr nicht vereinbar sind. Deshalb halten die großen europäischen Staaten, trotz der Nachteile, die die Meistbegünstigung unter Umständen für die Vertragsstaaten hat, doch an diesem Prinzip fest und werden auch in Zukunft daran festhalten. Nun kann man keinen allgemeinen Grundsatz dafür aufstellen, wem gegenüber oder unter welchen Verhältnissen man die allgemeine Meistbegünstigung gewähren soll. Sie wird nach dem Inhalt verschieden aufgefaßt, vor allem anders von den Vereinigten Staaten von Amerika. Aber ob und unter welchen Umständen man die allgemeine Meistbegünstigung gewährt, hängt auch davon ab, welche Waren aus meistbegünstigten Ländern eingeführt werden, in welchem Maße diese unsere Industrieprodukte brauchen, welche Waren wir nach anderen meistbegünstigten Ländern ausführen, und ob unsere Industrieprodukte, die wir dorthin ausführen, unter Umständen dort mit anderen konkurrieren müssen. Man kann also nicht ohne weiteres sagen, wir sollen mit gewissen außereuropäischen Staaten in Zukunft keine Meistbegünstigungsverträge abschließen. Man muß immer die Frage erwägen: wird unter dieser Voraussetzung nicht unter Umständen unsere industrielle Ausfuhr ganz ausgeschlossen werden zu gunsten eines tertius gaudens? Ich will aber so weit gehen, zuzugestehen, daß allerdings die Frage der allgemeinen Meistbegünstigung deshalb eine besonders wichtige bei handelspolitischen Erörterungen ist, weil in der Tat die Einfuhr aus den reinen Meistbegünstigungsstaaten nach Deutschland, soweit die Zollsätze ermäßigt oder gebunden sind, wesentlich größer ist als die Einfuhr aus den Vertragsstaaten. Was zunächst das Verhältnis mit Amerika anlangt, so muß ich einen Irrtum berichtigen: Amerika ist nicht mehr meistbegünstigt als Deutschland. Wir waren der Ansicht auf Grund des alten preußischen Vertrags, daß Amerika meistbegünstigt sei. Amerika hat aber später den Begriff der Meistbegünstigung anders aufgefaßt als wir, indem die Vereinigten Staaten der Ansicht waren, daß sich die Meistbegünstigung nur auf vergangene Konzessionen erstrecke, und daß Konzessionen, die die Vereinigten Staaten gegen Gegenkonzessionen später einem anderen Staate machen, von den übrigen meistbegünstigten Staaten durch neue Konzessionen erkauft werden müßten. Das führt dazu, daß die allgemeine Meistbegünstigung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland tatsächlich aufgehört hat. (Bravo! rechts, Heiterkeit, links.) Aber im Interesse unseres internationalen Handels wurde die Frage in der Weise geregelt, daß Amerika uns die Konzessionen zugestand, die es Frankreich gemacht hat, und daß wir dafür unser Konventionalabkommen gaben. Das ist ein Handelsabkommen, das jederzeit mit drei Monaten kündbar ist. Ich glaube, man kann in die Frage wenigstens vom Regierungstisch nicht näher eingehen. Ich könnte manche Irrtümer, die heute seitens der beiden Vorredner zum Ausdruck gebracht sind, schlagend widerlegen; ich tue es nicht, weil ich keine Ursache habe, im gegenwärtigen Moment Gründe anzuführen, die uns selbst vielleicht nicht günstig sein könnten. Ich muß zugestehen, daß, wo wir einen neuen Zolltarif beschlossen haben, wo wir im Begriff stehen, mit anderen Staaten in Tarifverhandlungen einzutreten, diese ganze Aktion selbstverständlich eine Rückwirkung auf unsere Meistbegünstigungsstaaten haben muß, ich möchte nur den Irrtum widerlegen, daß etwa die Vereinigten Staaten von Amerika, wenn wir jetzt mit europäischen Staaten zu neuen Handelsverträgen gelangen, ohne weiteres

in den Besitz dieser Konzession treten. (Hört, hört!) Das würde der Fall sein, wenn wir mit Amerika eine allgemeine Meistbegünstigung hätten; das ist aber nicht der Fall, weil wir nur einen Konventionaltarif mit dreimonatlicher Kündigung abgeschlossen haben auf Grund der Konzessionen, die uns Amerika gewährt hat. Wenn ich ein englischer Minister wäre oder dem Beispiele englischer Minister folgte, so würde ich vielleicht auf diese beiden Resolutionen erklärt haben, ich halte sie im gegenwärtigen Moment nicht für geeignet, irgend eine Antwort zu erteilen. Ich habe trotzdem eine erteilt und bemerke nur: Vieles, was die Vorredner gesagt haben, ist sehr beherzigenswert. Wir können aber keinen allgemeinen Grundsatz dafür aufstellen, wie wir in Zukunft die Meistbegünstigungsklausel anwenden, aber es wird notwendig sein, in Zukunft bei den Handelsvertragsverhandlungen die Frage der Meistbegünstigung wesentlich individueller zu behandeln, als bisher. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf morgen 1 Uhr.

* **Berlin,** 15. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

In der fortgesetzten Beratung der Resolutionen Heyl zu Herrnsheim und Speck, betreffend die Abschaffung der Meistbegünstigungsverträge, führt Abg. Bernstein (Soz.) aus, die sozialdemokratische Partei sei durchaus ein Gegner der beiden Resolutionen, die sich ja im wesentlichen gegen die Vereinigten Staaten und Argentinien richten. Daß unsere handelspolitischen Beziehungen zu den beiden Ländern der Besserung bedürftig sind, wird keineswegs bestritten und gerade die Sozialdemokratie will der deutschen Ausfuhr günstigere Bedingungen verschaffen, aber ein Zollkrieg sei eine ernste Sache und mit seiner Möglichkeit dürfe nicht gespielt werden, denn die arbeitenden Klassen würden die Kosten desselben zu bezahlen haben. Daß die Aufhebung der Meistbegünstigungsverträge nicht immer Vorteile bringen, habe sich gezeigt, seitdem Chile die Meistbegünstigung gekündigt worden sei. Kalisalpeter sei doch unentbehrlich für die Landwirtschaft. Wir haben wenig Ausfuhrartikel, die Argentinien und die Vereinigten Staaten nicht auch von unseren Konkurrenten beziehen könnten. Wir seien bei vielen Artikeln, wie Baumwolle und Petroleum, auf die Einfuhr von dort angewiesen. Die Amerikaner lassen sich nicht einschüchtern. Sie wissen, welche schlimmen Folgen ein Zollkrieg für uns haben würde. Wir können eine Politik nicht unterstützen, die den Petroleumbedarf des Volkes verteuert und ebenso sind wir auf die Weizeneinfuhr von Amerika angewiesen. Kein anderes Land, weder Oesterreich, noch Rußland, könnten uns die aus Amerika bezogenen Quantitäten ersetzen. Abg. Bernstein schließt seine ausführlichen Darlegungen mit einer Polemik gegen den Abg. Heyl zu Herrnsheim.

Abg. Graf Kanitz äußert sein Bedauern darüber, daß die Regierung den 31. Dezember habe vorüber gehen lassen, ohne von ihrem Rechte, die jetzt laufenden Verträge zu kündigen, Gebrauch zu machen. Dies sei um so weniger zu verstehen, als die Preise der landwirtschaftlichen Artikel einen so niedrigen Stand erreicht haben, daß von einer Deckung der Produktionskosten absolut nicht die Rede sein könne. Die zweistündige Rede Bernsteins könne man mit einem Worte zusammenfassen: Es war die Angst vor Amerika. Amerika habe viel größeres Interesse im Warenaustausch mit Deutschland als umgekehrt.

Aus Elsaß-Lothringen.

Straßburg, 14. Januar.

Bakteriologische Anstalten zur Bekämpfung des Typhus.

Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Infektionskrankheiten sind in Elsaß-Lothringen bereits große, praktische Erfolge erzielt worden. Insbesondere trifft dies hinsichtlich der Bekämpfung der Pocken und des Kindbettfiebers zu. Man kann sagen, daß die Pocken, welche hier bis 1875 häufig auftraten, vollständig verschwunden sind und daß es sich, wenn einmal vereinzelte Fälle von Pocken vorkommen, nur um eingeschleppte Fälle handelt. Die Zahl der Sterbefälle an Kindbettfieber ist bis auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Auch die Häufigkeit des Typhus hat ganz erheblich abgenommen. Während Elsaß-Lothringen in der Periode 1878/87 36 Sterbefälle jährlich auf 100 000 Einwohner hatte, sind diese Sterbefälle auf 19 in der Periode 1895/1900 herunter gegangen. Dies günstige Ergebnis beim Typhus ist zu einem großen Teil dem tatkräftigen und umsichtigen Wirken der Meliorationsbauverwaltung mit zu verdanken, welche einen großen Teil des Landes mit gutem Trinkwasser versorgt hat.

Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die weitere Abnahme des Typhus ins Stocken geraten ist. Es starben nämlich während des letzten Jahrzehnts durchschnittlich jährlich etwa 300 Personen an dieser Krankheit. Eine ersichtliche und entschiedene Abnahme der letzteren ist also nicht mehr zu bemerken. Erst in der allerjüngsten Zeit hat man die Ursachen dieses Stillstands gefunden. Sie beruhen auf dem Verhalten des Typhus selbst, welcher in seinen Erscheinungen außerordentlich mannigfaltig auftritt und sich manchmal geradezu versteckt, indem er nur geringe krankhafte Erscheinungen hervorruft. Diese Typhusinfektionen sind aber in Bezug auf die Verschleppung und Weiterverbreitung des Typhus die allergefährlichsten und mit den bisherigen Mitteln der Bekämpfung läßt sich dagegen wenig machen. Robert Koch ist auch hierbei bahnbrechend vorgegangen. Bei einer Typhusepidemie im Bezirk Trier hat er gezeigt, wie der Typhus in allen seinen Schlupfwinkeln verfolgt werden kann. Es sind aber dazu gut geschulte und erfahrene Bakteriologen notwendig; auch müssen dieselben Laboratorien für ihre Untersuchungen zur Verfügung haben.

Die reichsländische Regierung hat deshalb in Aussicht genommen, eine bakteriologische Anstalt in Lothringen und eine im Ober-Elsaß zu errichten und dem Hygienisch-bakteriologischen Institut der Straßburger Universität die bezüglichen Untersuchungen für das Unter-Elsaß zu übertragen. Von einer Ueberweisung aller dieser Untersuchungen für das ganze Land an das hygienisch-bakteriologische Institut der Universität ist Abstand genommen worden, weil dann dasselbe sehr erweitert werden müßte und weil andererseits die Lehrtätigkeit des Instituts erheblich darunter leiden würde. Es ist ferner beabsichtigt, daß die Landeskasse die Kosten der ersten Einrichtung und die fortlaufenden persönlichen Kosten übernimmt, während die Bezirke die fortlaufenden sachlichen Kosten tragen sollen. Nach den angestellten Berechnungen dürften die Kosten nicht geradezu große sein und jedenfalls als unbedeutende erscheinen gegenüber den Vorteilen, welchen die Ausführung der Maßnahme entspricht. Handelt es sich doch um nichts weniger als um die Absicht, Elsaß-Lothringen vollständig typhusfrei zu machen, wie es zurzeit frei von Pocken ist.

Wie wir hören, ist in den Landeshaushaltsetat für 1903 der betreffende Ausgabeposten eingestellt worden.

Seelsorge für Italiener in Lothringen.

In dem Industriegebiet des Kreises Diedenhofen-West in Lothringen lebt eine große Zahl italienischer Staatsangehörigen, die durch den Aufschwung der lothringischen Eisenindustrie während der letzten zehn Jahre allmählich dorthin gezogen worden ist. Wurden doch bei der jüngsten Volkszählung unter den hier lebenden Ausländern nahezu 25 000 Italiener für ganz Elsaß-Lothringen ermittelt. Eine Hauptmasse derselben drängt sich in den drei Hauptzentren Hazingen, Groß-Moyeuvre und Deutsch-Oth jenes lothringischen Kreises Diedenhofen-West zusammen. Die italienische Bevölkerung daselbst wird auf 10 500 Personen geschätzt, von denen 7500 als dauernd ansässig zu betrachten sind. Um eine geregelte Seelsorge derselben zu ermöglichen, hat der Bischof von Metz bereits einen italienischen Geistlichen nach Hayingen berufen und beabsichtigt, noch zwei weitere des Italienischen mächtige Geistliche nach den beiden anderen Industriezentren Groß-Moyeuvre und Deutsch-Oth zu berufen. Behufs Ermöglichung bezw. Aufrechterhaltung dieser, auch im staatlichen Interesse dringend erwünschten Einrichtung, soll den drei Geistlichen eine angemessene Entschädigung aus Staatsmitteln gewährt werden und dem Vernehmen nach wird schon der neue Landeshaushaltsetat einen bezüglichen geringen Kredit hierfür fordern.

Koloniales.

* **Berlin,** 14. Jan. Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Im vorigen Sommer wurde bekanntlich die Eisenbahn Swakopmund-Windhoek eröffnet. Die Bedeutung der Eisenbahn liegt darin, daß nunmehr der Haupthafen des Schutzgebietes mit dem Gouvernementssitze in schnelle, sichere und billigere Verbindung gesetzt ist. Das bisher übliche Verkehrsmittel, der Ochsenwagen, zeigte sich hierzu unzulänglich und drohte 1897 infolge der Rinderpest ganz zu versagen. Die Gefahr gab den Anstoß, zum schleunigen Bau der Bahn, welche als Schmalspurbahn mit Hilfe einer Reihe von der Eisenbahnbrigade zur Verfügung gestellter Offiziere und Unteroffiziere glücklich vollendet ist. Die von den Beteiligten an den Tag gelegte Hingabe bei dem Werke, welche die größten Anforderungen an die Gesundheit und Arbeitsleistungen stellte, fand nunmehr auch huldreiche allerhöchste Anerkennung. Aus Anlaß der Bahneröffnung wurden den bei der Mitwirkung an dem für die Entwicklung des Schutzgebietes Deutsch-Südwestafrika so wichtigen Unternehmen besonders beteiligten Beamten und Offizieren Ordensauszeichnungen verliehen.

Die marokkanische Frage.

(Telegramme.)

* **Paris,** 15. Jan. Dem „Temps" wird aus Algier gemeldet, daß zwei Bataillone der in Sidi-Belabbes liegenden Fremdenlegionäre sich bereit halten, an die marokkanische Grenze abzugehen.

* **Madrid,** 15. Jan. In Ceuta eingetroffene Nachrichten aus Tetuan besagen, daß infolge der unter den Kabylenstämmen in der Nachbarschaft der Stadt herrschenden Erregung die Einwohner die Stadt befestigen. Die Einwohner befürchten, daß, wenn der Prätendent siegreich sein sollte, die Kabylen die Stadt mit Sturm nehmen.

* **Tanger,** 15. Jan. Die Stämme in der Umgebung von Tanger verhalten sich bisher ruhig. Die letzten Nachrichten aus Fez bestätigen, daß sich dort nichts außergewöhnliches ereignete.

* **Tanger,** 14. Jan. Nach den letzten aus Fez hier eingetroffenen Nachrichten sandten die Zemmur- und Geruanstämme, die sich noch kürzlich im Aufstande befanden, dem Sultan zahlreiche Verstärkungen. Man macht alle Anstrengungen, um eine möglichst vollständige Expedition zu unternehmen. Am Hofe des Sultans ist man vertrauensvoll, auch die öffentliche Meinung äußert sich zuversichtlich. Eine große Menge Getreide und Lebensmittel sind in Fez eingetroffen.

* **Madrid,** 15. Jan. Der spanische Gesandte in Marokko, Cologan, meldet, mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Prätendent in der Nähe von Fez stehe, sei beschlossen, daß die Fremden und die Konsuln die Stadt verlassen.

Der Konflikt mit Venezuela

‡ In diplomatischen Kreisen Londons gewinnt, wie von dort berichtet wird, die Ansicht immer mehr an Boden, daß nach aller Wahrscheinlichkeit die in Washington über die venezolanische Streitfrage zu pflegenden Verhandlungen die Einberufung des Schiedsgerichts im Haag entbehrlich machen und die Angelegenheit ihrer vollständigen Regelung zuführen werden. Man werde in dieser Annahme auch durch die in London einlaufenden Nachrichten über die wirtschaftlichen Folgen der Blockade bestärkt. Diese Maßregel mache sich in den fünf venezolanischen Häfen und an der Mündung des Orinoco bereits sehr fühlbar, indem die Lebensmittelversorgung erschwert und der Handel unterbunden erscheint, so daß alle Gesellschaftsklassen sehr benachteiligt sind. Die Gegner des Generals Castro schöpfen aus diesen Verhältnissen neue Ermutigung. Der Präsident soll zur Erkenntnis gelangt sein, daß er nur durch schleunige Unterwerfung dem Zusammenbruche seiner Herrschaft entgehen könne. Es erschien ihm auch nicht als in seinem Interesse gelegen, daß der Streitfall vor das internationale Schiedsgericht im Haag gelange, weil dadurch die Angelegenheit in die Länge gezogen würde, wodurch seine Lage sich sehr gefährlich gestalten könnte. Sein Bestreben sei infolgedessen darauf gerichtet, daß die Affaire durch die in Washington zwischen dem Staatssekretär Hay, dem amerikanischen Gesandten Bowen, und den Botschaftern Englands, Deutschlands und Italiens zu führenden Verhandlungen endgültig ausgetragen werde. Hiemit stimmen auch die Absichten der drei vereinigten Mächte überein, die bei allem Festhalten an ihren Forderungen bereit sind, doch auch Mäßigung walten zu lassen. In Anbetracht all der angedeuteten Umstände neigt man sich der Hoffnung zu, daß die Regelung der Angelegenheit in sehr naher Zeit zu erwarten sei.

(Telegramme.)

* **Caracas,** 14. Jan. 1100 Aufständische griffen am 6. Januar Cumana an, das durch 500 Mann Regierungstruppen verteidigt wurde. Nach einem siebenstündigen Gefechte, das von dem britischen Kreuzer „Tribune" aus beobachtet wurde, zogen sich die Aufständischen unter Zurücklassung von 200 Gefangenen, 300 Gewehren und 29 000 Patronen zurück. — Die Aufständischen verloren in dem Gefecht bei Cumana 80 Tote. Die Vorräte an Proviant in Caracas sind knapp. Mehl ist nur für sechs, Fleisch nur für zehn Tage vorhanden.

* **Willemstad,** 14. Jan. Trotz der Blockade wird für die Aufständischen täglich Munition aus Curacao fortgeschafft.

* **Caracas,** 14. Jan. Die venezolanische Regierung hat die Aufnahme einer nur von venezolanischen Staatsangehörigen aufzubringenden Zwangsanleihe von zwei Millionen Bolivars angeordnet.

Ostasiatisches.

(Telegramm.)

* **St. Petersburg,** 14. Jan. Eine aus 22 Dampfern, 2 Lastschiffen und einem Dampfkutter bestehende Flottille ist gebildet worden zu dem Zwecke, die Schiffahrt auf dem Amur, Ussuri und den Nebenflüssen des Amur vor den chinesischen Flußpiraten und die Bewohner des linken Amurufers vor den Chungusen zu schützen, sowie einen regelmäßigen Verkehr zwischen den Kosakenansiedlungen am Ussuri und Sungari zu unterhalten, das mandschurische Ufer zu beobachten und um zur Kriegszeit eine rasche Ansammlung der Truppenteile zu vermitteln.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 15. Januar.

Der immer noch andauernde starke Katarrh hinderte Seine Königliche Hoheit den Großherzog den Minister Dr. Schenkel heute zur Vortragserstattung zu empfangen. Dagegen nahm Seine Königliche Hoheit den kürzeren Vortrag des Generalleutnants und Generaladjutanten von Müller entgegen.

Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog ist wohlbehalten auf Schloß Hohenburg eingetroffen, wo bei 14 Grad Kälte tiefer Schnee die Gegend bedeckt.

Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max und Höchstseine Gemahlin, Prinzessin Marie Louise, besuchten heute nachmittag Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin, um Sich vor Ihrer Abreise nach Berlin zu verabschieden. Die Hohen Herrschaften reisen heute abend direkt nach Berlin und werden daselbst im Königlichen Schloß absteigen. Der Prinz wird am 17. dem Ordenskapitel des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler anwohnen und am 18. an dem Krönungs- und Ordensfeste teil nehmen. Einige Tage später werden Prinz und Prinzessin Max zu Seiner Hoheit dem Erbprinzen und Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Erbprinzessin von Anhalt nach Dessau reisen und später zum Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers und Königs nach Berlin zurückkehren.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog wird heute abend noch die Vorträge des Geheimerats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb hören.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

= (V. Abonnementskonzert.) Das gestern abend im großen Festhallesaal stattgehabte V. Abonnementskonzert des Großherzoglichen Hoforchesters nahm einen außerordentlich glänzenden Verlauf und gestaltete sich in der Tat zu einem der genußreichsten, interessantesten Abende heuriger Saison. Es sei dabei gleich von vornherein betont, daß unser Hoforchester seine ihm zugefallene, zum größten Teil sehr schwierige Aufgabe unter Generalmusikdirektor Mottls genialer, belebender Leitung in wirklich vollendeter Weise löste. J. S. Bach, dessen Name wohl ohne Zweifel zur Einleitung die würdigste Gewährleistung, war mit dem reizvoll frischen, dritten Streichorchesterkonzert in G-dur vertreten, dessen überaus fein herausgearbeitete Interpretation allgemeinen Anklangs sich erfreute. Zum trefflichen Gelingen des Abends trugen fürs weitere auch zwei Solisten das Ihrige bei, deren in der Kunstwelt hochklingende Namen schon für einen Genuß auserlesenster Art bürgen konnten. Herr Dr. Felix Kraus aus Leipzig entzückte die Hörer mit dem Vortrag der Baß-Arie „Warum entbrennen die Heiden" aus dem Oratorium „Der Messias" von Händel, darin er den ganzen Segen einer wundervollen Tonbildung, eine selten schöne, freigesungene Stimme von ungemein weicher Klangfarbe, vollendete Atemführung, welche über die anspruchvollsten Koloraturen triumphierend hinwegführen läßt, und eine durchaus unantastbare Reinheit der Vokalisation, im vollen wirken lassen konnte. Die weiteren Nummern mit Orchesterbegleitung, „Die Ehre Gottes aus der Natur" von Beethoven, „Der Tod und das Mädchen" und „Dem Unendlichen", letztere beiden von Franz Schubert, zeigten uns Herrn Dr. Kraus als einen Vortragskünstler allerersten Ranges, dessen edles, tiefster Empfindung entquellendes Auffassungsvermögen seinem musikalischen Vortrag einen bezwingenden Ausdruck von ergreifender, unauslöschlicher Wirkung zu geben vermag. Mehrfacher Hervorruf lohnte seine Leistungen. In einem Klavierkonzert mit Orchesterbegleitung eigener Arbeit (C-moll Nr. 2) ließ sich der berühmte Hofpianist Professor Emil Sauer aus Wien hören. Bei Anwendung aller virtuosen Mittel, brausender Oktaven, duftiger Staccatis und glitzerndem Läuferwerk hatte der Autor durchaus nicht geknausert; die ganze Faktur des Werkes gab ihm auch Gelegenheit, seine ganz hervorragenden pianistischen Eigenschaften mit höchstem Nachdruck zu entfalten. Die begeisterte Aufnahme, welche vielleicht zum größeren Teile der wundervollen Wiedergabe galt, veranlaßte den durch mehrfachen Hervorruf Ausgezeichneten zum Vortrag des Chopinschen Des-dur-Nokturnos. Zum Schluß trat unser Hoforchester mit einer weiteren Ehrentat, Berlioz' Symphonie „Harald en Italie", auf den Plan. Das Werk klassifiziert entschieden zu Berlioz' bedeutendsten Schöpfungen. Von einigen, mit unterlaufenden, weniger interessanten Episoden abgesehen, enthält es Momente großer Schönheit, von einschmeichelndem Klangreiz und gewaltiger, packender Wirkung. Der ausgezeichneten Vertretung der konzertierenden Bratsche durch Herrn Hofmusiker Heinrich Müller sei hierbei mit rühmlicher Anerkennung gedacht.

⁂ (Sitzung des Schwurgerichts vom 14. Januar. — Schluß.) Bei der Verhandlung über die Duellaffaire Ruff-Reiß wurde nach Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr mit der Zeugeneinvernahme fortgefahren. Es wurde der Student Attenstett gehört, der Anfang Oktober als Ferienvertreter des Korps „Suevia" in Freiburg die Verhandlungen mit Hügel geführt hat. Bei seiner Einvernahme wurde ein Brief des Reiß zur Verlesung gebracht, der von diesem kurze Zeit nach dem Auftritt im Café Bauer an sein Korps in Freiburg gerichtet worden. In dem Schreiben erklärte Reiß: daß dieser die Aeußerung gebraucht habe: „Was sich doch die hiesigen Korpsstudenten einbilden". Reiß schlug dann in dem Briefe vor, den Vorfall dem Senate der Technischen Hochschule und dem Regimente, dem Ruff als Vizewachtmeister angehört, anzuzeigen. Attenstett berief nach Empfang der schriftlichen Mitteilungen des Reiß einen Konvent, der sich mit dem von Reiß vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden erklärte. Man war der Ansicht, daß ein Duell nicht stattfinden könne, da der Karlsruher S. C. und die Franken noch im besonderen sich im Kösener Verruf befanden. Der Zeuge berief, nachdem Hügel nach Freiburg gekommen war und mitgeteilt hatte, daß Ruff den temporären Austritt aus seinem Korps genommen habe, um Satisfaktion geben zu können, einen zweiten Konvent. Dieser sprach sich für ein Säbelduell aus, wenn Reiß ausnahmsweise gestattet werde, auf Karlsruher D. C.-Waffen anzutreten. Die „Frankonia" ließ sich darauf nicht ein. Reiß suchte sodann am 2. Oktober zur Erledigung seiner Angelegenheit um seinen Austritt aus dem Korps bis auf weiteres nach. Am 4. Oktober wurde Reiß der vorübergehende Austritt gewährt. — Der Zeuge Freulin machte Aussagen über Vorgänge, die durch andere Zeugen bereits festgestellt worden sind. — Es wurden sodann die Zeugen verhört, die in der Nacht vom 28. auf 29. September in Begleitung des Ruff und Reiß im Café Bauer waren. Der Begleiter Ruffs, Student Zieser, der in jener Nacht stark angetrunken war, machte keine wesentlichen Mitteilungen. Ihm hatte Ruff gesagt, daß Reiß von „dummen Karlsruher Korpsstudenten" gesprochen habe. Die Bekannten des Reiß erklärten, daß sie das Wrt „dumm" nicht gehört haben. Sie gaben übereinstimmend an, daß Ruff, als er zuschlug, rechts hinter dem Stuhle des Reiß stand und daß der Schlag ganz unvermittelt geführt wurde. Im weiteren Verlaufe der Beweiserhebung erfolgte die Erstattung der Gutachten. Medizinalrat Dr. Kaiser berichtete über den Verlauf der Sektion der Leiche des Reiß. Es wurde festgestellt, daß dem Reiß die Kugel in den Unterleib drang, mehrere Gedärme und Blutgefäße durchbohrte und sich im Becken festsetzte. Die Verwundung rief eine Verblutung hervor, die den Tod des Reiß herbeiführte. Der zweite Sachverständige war Rechtsanwalt Bopp-Darmstadt. Er äußerte sich über die Entwicklung, den Zweck und die Tendenz der Ehrengerichte. Er war der Ansicht, daß das Ehrengericht bei den Studentenduellen als analoge Einrichtung des militärischen Ehrenrats anzusehen sei. Die Tendenz der Ehrengerichte gehe dahin, daß durch die Mitwirkung von älteren und erfahreneren Männer bei diesen Gerichten die jungen Leute von schweren Duellen abgehalten werden. An die Gutachten schloß sich die Verlesung des Fragebogens. Derselbe enthält 11 Fragen: eine Schuldfrage bezüglich des Ruff wegen Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls; eine Frage nach mildernden Umständen; eine Schuldfrage bezüglich des beklagten Ruff wegen Zweikampfs mit tödlichem Ausgang; je eine Schuldfrage bezüglich der Angeklagten Bender, Borbet, Hügel, v. Langsdorff, Rheinboldt und Zentgraf wegen Beihilfe zum Zweikampf; eine Schuldfrage bezüglich des Angeklagten Hügel wegen Kartelltragens; eine Hilfsfrage bezüglich des Angeklagten Hügel, ob derselbe ernstlich bemüht gewesen ist, das Duell zu verhindern. Um 7 Uhr begannen die Plaidoyers. Staatsanwalt Bleicher führte aus: Vor unseren Augen spielte sich heute der letzte Akt des Dramas ab, das seinen erschütternden Höhepunkt an jenem 7. Oktober erreichte, an dem der junge Reiß bei dem Duell sein Leben verlor. Welch hohes Maß von Unglück und welche Fülle von Leid über zwei Familien durch dies Duell gekommen ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Und was war der Anlaß zu diesem Zweikampfe? Es waren keine tragischen Verwicklungen, wie wir sie aus anderen Fällen kennen, es war eine unerhörte Provokation durch einen Schlag ins Gesicht, die den Zweikampf heraufbeschwor. In eingehender Weise besprach er sodann die einzelnen Punkte der Anklage, dabei hervorhebend, daß die Mitglieder des Ehrengerichts als Beihelfer zu bestrafen seien, da sie das Pistolenduell gebilligt. Der Schlußantrag des Staatsanwalts ging dahin, sämtliche Schuldfragen und die Frage nach mildernden Umständen bezüglich der ersten Schuldfrage des Ruff zu bejahen, die Hilfsfrage, die bezüglich des Angeklagten Hügel gestellt ist, zu verneinen. Rechtsanwalt Süpfle, der Verteidiger des Ruff, wendete sich gegen die Anklage, soweit sie seinen Mandanten der Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls beschuldigte. Rechtsanwalt Bauer, als Verteidiger der Angeklagten Bender, v. Langsdorff und Hügel, Rechtsanwalt Vögele, der Verteidiger des Zentgraf, und Rechtsanwalt Fischer, der Verteiditer der Angeschuldigten Borbet und Rheinboldt, plädierten auf Freisprechung. Die Geschworenen verneinten bei dem Angeklagten Ruff die Schuldfrage wegen Körperverletzung, bei den Angeklagten Bender, Borbet, Hügel, v. Langsdorff, Rheinboldt und Zentgraf die Schuldfrage wegen Beihilfe zum Zweikampf; sie bejahten bei Ruff die Schuldfrage wegen Zweikampfs mit tötlichem Ausgang und bei Hügel die Schuldfrage wegen Kartelltragens aber auch die Hilfsfrage nach der ernstlichen Bemühung, das Duell zu verhindern. Der Staatsanwalt beantragte gemäß dieses Verdikts Ruff zu 5 Jahren Festung zu verurteilen. Der Gerichtshof erkannte gegen Ruff auf 3 Jahre 6 Monate Festungshaft, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

* (Kolosseum.) Die Burenkommandanten W. C. Smele und Kapitän J. Lewies werden in der Zeit vom 16. Januar bis 1. Februar im Kolosseum als Kunstschützen und Lassowerfer auftreten. Die beiden Burenführer, die den südafrikanischen Krieg mitgemacht haben, sollen in ihrer Kunst Großes leisten.

**** Landwirtschaftliche Versammlungen und Besprechungen.**

Landw. Bezirksvereine. Den 18. d. M. zu Wollbach, Bietigheim, Berwangen, Unterhof, Seckenheim und Strümpfelbrunn.

Landw. Konsumvereine. Den 21. d. M. zu Mauer; den 25. d. M. zu Schriesheim.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin,** 14. Jan. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz reiste mit Gefolge gestern abend um 11 Uhr mit Sonderzug nach St. Petersburg ab.

* **Liebenberg,** 15. Jan. Seine Majestät der Kaiser ist heute vormittag gegen 11 Uhr zum Besuch des Fürsten Liebenberg hier eingetroffen.

* **Hamburg,** 14. Jan. Den „Hamburger Nachrichten" zufolge, ermächtigte Generaldirektor Ballin das Blatt, die Brüsseler Meldung des „Daily Telegraph" von der Bildung eines Trusts durch Morgan, der alle deutschen, britischen, französischen und italienischen Schiffahrtsgesellschaften umfassen soll, die den Verkehr zwischen Europa und Südamerika unterhalten, von Anfang bis Ende als reine Erfindung zu erklären.

* **Betzdorf** (Rheinland), 14. Jan. Die „Betzd. Zeitung" meldet: Seit gestern früh ist die ganze Belegschaft des Stahlwalzwerkes „Wehbach" der Bergbau- und Hüttenaktiengesellschaft Friedrichshütte und eine Abteilung der Firma Carl Stein, die etwa 300 Mann stark ist, wegen Lohnstreitigkeiten ausständig. Die Ausständigen verhalten sich ruhig.

* **Wien,** 15. Jan. Prinz Johann Georg von Sachsen stattete Seiner Majestät dem Kaiser einen längeren Abschiedsbesuch ab und reiste gestern nachmittag nach Prag.

* **Wien,** 14. Jan. In diplomatischen Kreisen wird, der „Neuen Freien Presse" zufolge, die Mitteilung der „Nowoje Wremja" über ein angeblich der Türkei aufzuerlegendes österreichisch-russisches Reformprogramm für Macedonien lediglich als Kombination bezeichnet. Insbesondere könne der Türkei die Einsetzung einer Finanzkontrolle in Macedonien nicht zugemutet werden.

* **Paris,** 15. Jan. In einer offiziösen Note wird bemerkt, daß Oberstleutnant Picquart tatsächlich zu jenen gehöre, welche der Wohltat des Gesetzentwurfes über die Wiederaufnahme der strafweise mit Halbsold entlassenen Offiziere teilhaftig werden könnten.

* **Paris,** 14. Jan. Ein nationalistisches Blatt meldet, daß mehrere Mitglieder der Patriotenliga zum Zeichen des Protestes gegen die Wahl Jaurès zum Vizepräsidenten der Kammer heute nacht die Straßburg-Statue mit einem Trauerflor umhüllten. Die Polizei entfernte heute morgen den Trauerflor.

* **Paris,** 15. Jan. Die Kommission der Deputiertenkammer für die auswärtigen und Kolonialangelegenheiten hat heute beschlossen, den Minister des Aeußern zu ersuchen, der Kommission, bevor sie die Beratung des Vertrages mit Siam beginnt, gewisse auf diesen Vertrag bezügliche Schriftstücke vorzulegen.

* **Rom,** 15. Jan. Der Kardinal Parochi ist heute früh gestorben.

* **St. Petersburg,** 14. Jan. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind aus Zarskoje-Sselo nach dem Winterpalais übergesiedelt.

* **Belgrad,** 14. Jan. In einer vom König bei dem Bankett in Nisch aus Anlaß der Feier des 25jährigen Jubiläums der Einnahme von Nisch gehaltenen Rede zollte der König dem König Milan großes Lob, dessen Scharfsinn vor 25 Jahren allein im stande gewesen sei, einen Krieg zu beginnen, der den ganzen europäischen Osten in Brand gesetzt und Serbiens Unabhängigkeit zur Folge gehabt habe. Das Werk Milans, so fuhr der König fort, müssen wir fortsetzen. Serbien muß nunmehr innerlich erstarken. Nur wenn wir im Innern stark und einig sein werden, können wir die Gestaltung der auswärtigen politischen Geschehnisse ruhig und zuversichtlich entgegensehen. Serbien kann ruhig in die Zukunft blicken. Wir haben keine Eile und können daher nach wie vor ein Element des Friedens und der Ordnung auf dem Balkan bleiben. Eben deshalb muß uns aber der entscheidende Augenblick vollkommen gerüstet antreffen. Alle Welt muß die Ueberzeugung erlangen, daß niemand auf dem Balkan auch nur einen Fuß breit erwerben kann, ohne daß auch Serbien einen Anteil erhielte.

* **Bukarest,** 14. Jan. Aus Anlaß des Jahreswechsels richtete Seine Majestät der König an die Armee einen Tagesbefehl, in dem er auf den glorreichen Krieg vor 25 Jahren hinwies, in welchem die Truppen sich mit Lorbeeren bedeckten.

* **Bukarest,** 14. Jan. Das Amtsblatt veröffentlicht das Gesetz, betreffend Verlängerung des Handelsübereinkommens mit Bulgarien bis zum 1. Januar 1904.

* **Konstantinopel,** 14. Jan. Die gestern fällige Rate der an Rußland zu zahlenden Kriegsentschädigung im Betrage von 350 000 türkischen Pfund ist auf der russischen Botschaft vollständig gezahlt worden.

* **Konstantinopel,** 15. Jan. Ferid Pascha, der Vorsitzende der von der Pforte eingesetzten Kommission für die europäischen Vilajets, ist zum Großvezier ernannt worden.

* **New-York,** 14. Jan. Ein Telegramm aus San Domingo besagt: Die Regierung benachrichtigte den amerikanischen Gesandten, daß sie der Forderung auf sofortige Zahlung von 6500 Pfund Sterling an die Clyde-Steamshipline nicht nachkommen könne.

* **Johannesburg,** 14. Jan. Chamberlain besuchte gestern zwei Minen, in denen er sich die Vorgänge bei der Goldgewinnung erklären ließ, und fuhr sodann zur Minenkammer, wo er eine Besprechung mit den Vertretern der Mineninteressenten abhielt. In einer Ansprache bat der Minister die Leiter der Bergwerke, patriotischen Geist zu zeigen, und wies sodann, auf die Arbeiterfrage übergehend, auf die Schwierigkeiten und Nachteile der Beschaffung von Arbeitern aus den Gegenden nördlich des Zambesi oder aus Indien oder China hin, wobei er die Gefahr der Einführung der „Schlafkrankheit" aus Uganda anführte. Während Chamberlain die Anwerbung chinesischer Arbeiter als möglichen Ausweg annahm, warf er jedoch die Frage auf, ob dadurch ausreichender Ersatz geschaffen werden könne.

* **London,** 15. Jan. Der Grubenbesitzer, Finanzmann Leopold Albu, erklärte einem Vertreter des „Daily Chronicle", der von Transvaal zu zahlende Beitrag zu den Kriegskosten in Höhe von 30 Millionen Pfund werde durch eine von den Grubengesellschaften des Randgebietes gezeichnete vierprozentige Anleihe aufgebracht werden, die der britischen Regierung in drei Jahresraten von je 10 Millionen Pfund von 1904 ab zurückerstattet werden solle. Die außerdem in Aussicht genommene Reichsanleihe von 30 Millionen Pfund solle 3 Prozent Zinsen tragen und sei namentlich zur Anlage von Eisenbahnen in Transvaal und in der Oranjekolonie bestimmt. Albu erklärt, der Rand könne eine Kriegssteuer von 30 Millionen Pfund mit Leichtigkeit tragen.

Verschiedenes.

† **Berlin,** 15. Jan. (Telegr.) Die Berliner Medizinische Gesellschaft wählte an Stelle des verstorbenen Professors Virchow den Professor v. Bergmann zum Vorsitzenden.

† **Berlin,** 15. Jan. (Telegr.) Gegen das Urteil im Prozeß Geyger-Klinger legte der Privatkläger, Geyger, Berufung ein.

† **Berlin,** 14. Jan. In dem Prozeß Geyger-Klinger wurde der Angeklagte Professor Klinger zu 50 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnis im „Leipziger Tageblatt" verurteilt. Der Gerichtshof nahm an, der Angeklagte habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen, nicht wider besseres Wissen gehandelt. Er habe im allgemeinen den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen angetreten. Wegen des Ausdrucks „Testamentskünstler" und der Bedienung der Presse wurde jedoch die Absicht der Beleidigung angenommen.

† **Hamburg,** 15. Jan. (Telegr.) In einer heute abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats und des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4½ Prozent für das abgelaufene Geschäftsjahr vorzuschlagen.

† **Stuttgart,** 15. Jan. (Telegr.) Der frühere Direktor der Heilbronner Gewerbebank, Fuchs, ist im Zuchthaus zu Ludwigsburg gestorben.

† **Paris,** 15. Jan. Der Untersuchungsrichter in der Humbertsache, Leydet, beschloß nach einer Rücksprache mit dem Staatsanwalte, die Zeugenaussagen des Oberstleutnants Paty de Clam, durch welche der Humbertschwindel mit der Dreyfusaffäre in Zusammenhang gebracht werden sollte, unberücksichtigt zu lassen, da die von Paty de Clam behaupteten Tatsachen, selbst wenn sie richtig wären, infolge der Amnestie keinerlei Gerichtsverfolgungen gestatteten. Es heißt, Paty de Clam werde seine Aussagen nunmehr in nationalistischen Blättern veröffentlichen.

† **Paris,** 14. Jan. Der „Figaro" und andere Blätter haben eine Geldsammlung zur Unterstützung der notleidenden Sardinenfischer in der Bretagne eingeleitet.

† **Lüttich,** 15. Jan. (Telegr.) In der Kohlengrube Werister stürzte infolge plötzlichen Anhaltens des Förderkorbes eine Anzahl Bergarbeiter in die Tiefe des Schachtes. Bis heute vormittag wurden zwei Tote und zahlreiche Verwundete aufgefunden.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 16. Jan. Abt. B. 32. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Neu einstudiert: **„Medea"**, Trauerspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer (3. Abteilung des „Goldenen Vließ"). Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Wetter am Mittwoch, den 14. Januar 1903.

Hamburg, Neufahrwasser und Metz heiter; Swinemünde trüb; Münster, Breslau, Chemnitz und München ziemlich heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 15. Januar 1903, Vormittags 7 Uhr.

Triest halb bedeckt 0 Grad, Nizza wolkig 0 Grad, Florenz bedeckt 3 Grad, Rom wolkenlos 2 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrogr.

vom 15. Januar 1903.

Ganz Nord- und Mitteleuropa gehört heute einem barometrischen Maximum, das die höchsten Barometerstände über dem südlichen Schweden aufweist. Das Wetter ist deshalb auf dem Festland bei nordöstlichen Winden vorwiegend heiter, stellenweise auch neblig und sehr kalt. Die niedrigste Morgentemperatur mit —15 Grad wird aus München gemeldet. Weiteres Anhalten des heiteren Frostwetters ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar.	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
14. Nachts 9²⁶ U.	762 2	—5.8	1.9	64	NE	heiter
15. Mrgs. 7²⁶ U.	762.8	—8.4	1.5	64	"	"
15. Mittgs. 2²⁶ U.	762.4	—2 4	1.5	40	"	"

Höchste Temperatur am 14. Januar: —3.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: —8.7.

Niederschlagsmenge des 14. Januar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 15. Januar: 4.22 m, gefallen 17 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Katz in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme an unserer Trauer sagen wir im Namen der Hinterbliebenen herzlichsten Dank.

Karlsruhe, 15. Januar 1903.

Luise Schurth, geb. Wilser.
Ernst Schurth, Maler und Professor.

X818

Karlsruhe — Festhalle.

II. Extra-Künstler-Konzert

(Hans Schmidt).

Samstag, den 17. Januar,

letztes Konzert der

Meininger Hofkapelle

unter Leitung des Generalmusikdirektor

Fritz Steinbach.

Solist:

Professor Dr. Joseph Joachim.

*

Eintrittskarten: Saal I. Abt. M. 6.—, II. Abt. M. 5.—, III. Abt. M. 4.—, Parterre-Galerie I. Abt. I. Reihe M. 5.—, II.—III. Reihe M. 4.—, IV. Reihe M. 3.—, II. Abt. M. 3.—, Saal nichtreserviert M. 2.—, Balkon I. Reihe M. 5.—, II. Reihe M. 4, Galerie M. 3.—, Galerie nichtreserviert M. 1.50 im **Vorverkauf** und an der **Abendkasse.**

Eingang zum Saal durch das Hauptportal und den Garderobebau rechts, zum Balkon und Galerie ungerade Nummern links, gerade Nummern rechts.

Hans Schmidt,

Karlsruhe, Musikalienhandlung u. Konzertdirektion.
Telephon 1647. **Rondellplatz.**

X'784.2

Möbeltransport-Empfehlung.

Gegenwärtiges diene zur gefl. Kenntnis, daß wir mit dem 1. Januar a. c. ein

Möbeltransport- u. Verpackungs-Geschäft

mit Vertretungen an allen Plätzen des In- u. Auslandes eröffnet haben.

Wir sind in der Lage, allen Anforderungen zu entsprechen und sichern prompte und billigste Bedienung zu.

Hochachtungsvoll!

Kammerer & Bantlin

Möbeltransport u. Kohlenhandlung

Villingen (Baden).

— Telephon 35 —

Telegrammadresse: **Kammerer-Bantlin**

Mitglied der deutschen Möbeltransport-Gesellschaft.

X814.1

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe

Soeben erscheint:

Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen

herausgegeben von

Carl Johannes Fuchs, Karl Rathgen, Gerhard von Schulze-Gävernitz, Max Weber.

VII. Band I. Ergänzungsband.

Die

Badische Landwirtschaft

am

Anfang des XX. Jahrhunderts

von

Dr. Moriz Hecht

Regierungsassessor beim Großh. Bad. Statistischen Landesamt.

Mit 6 Tafeln und 12 Karten.

Von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. mit dem Preis der Dr. Rudolf Schleiden-Stiftung ausgezeichnet.

Preis im Abonnement 6 Mark
„ im Einzelverkauf 7 „

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

COLOSSEUM.

Großes Sensations-Programm vom 16—31. Januar 1903.

Cleo d'Osterode, Soubrette. *Lina Morganti,* Kunstpfeiferin. *Gustav Isano,* Bauchredner mit einem elektrischen Automaten. Gastspiel der **Original-Buren**: Kommandant *Smeele* und Kapitän *Levis* aus Transvaal — polizeiamtlich legitimiert — als Kunstschützen und Lassowerfer. *The Adras,* Leiter-Equilibristen. *Ewald Treffer,* Verwandlungs-Charakteristiker. *Harns Trio,* Kraft-Melange-Akt. *Les Sadinetts,* Franz. Gesangs-Terzett. *Mokaschly's Truppe,* Pantomimisten. X'798

Samstag den 17. Januar 1903: **Vorstellung.** Sonntag den 18. Januar 1903: **Zwei Vorstellungen.** Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

In beiden Vorstellungen Auftreten sämtlicher z. Zt. engagierten Artisten.

Bekanntmachung.

(Hotelbau.)

Die Großh. Badische Regierung beabsichtigt, wenn tunlich noch in diesem Jahre in dem Bade- und Luftkurort **Dürrheim** unweit des Waldes ein weiteres **Badehaus** zur Verabreichung von Solbädern zu erbauen. In unmittelbarer Nähe des zu erstellenden Solbades ist zur Erbauung eines Hotels Baugelände unter günstigen Bedingungen vom Großh. Landesfiskus zu erhalten.

Unternehmer, welche geneigt sind, an der erwähnten Stelle ein Hotel für eigene Rechnung zu erbauen und zu betreiben, wollen sich an die unterzeichnete Behörde wenden. X'756.2

Großh. Bad. Salinenamt Dürrheim.

U924.6

Offene Kassengehilfe-Stelle.

Bei diesseitiger Sparkasse ist die neu errichtete Stelle eines Kassengehilfen alsbald zu besetzen. Der Anfangsgehalt beträgt 1500 M.

Bewerber, welche mit dem einschlägigen Kassen- und Rechnungswesen schon vertraut sind, wollen ihre Gesuche unter Vorlage eines Lebenslaufs und der Zeugnisse über ihre bisherige Beschäftigung spätestens bis **20. ds. Mts.** anher einreichen. X'7?2.2

Rastatt, 9. Januar 1903.

Der Gemeinderat:
Bräunig. Zoller.

Holzversteigerung.

Das **Großh. Forstamt Sulzburg** versteigert aus Domänenwaldungen **Dienstag, den 20. Januar d. J., vormittags 10 Uhr,** im Gasthaus zum Hirschen in Sulzburg: 1 Buche I. Kl., 1 Eiche II. Kl., 1 III. Kl., 23 IV. Kl., 11 V. Kl.; 2 Lärchen III. Kl.; 312 Baustangen, 545 Hopfenstangen, 205 Reb- und Bohnenstecken; 16 Ster eichene, 18 Ster gemischte und 51 Ster tannene Steckrollen; 43 Ster buchene, 77 Ster eichene, 47 Ster gemischte und 229 Ster tannene Scheiter; 15 Ster buchene, 87 Ster gemischte, 142 Ster eichene und 91 Ster tannene Prügel; 1145 Stück Prügelwellen und 5 Lose Schlagraum. X.780.

Nutzholzversteigerung.

Großh. Forstamt St. Leon versteigert am **Donnerstag, den 29. Januar 1903,** vormittags halb 10 Uhr beginnend, im Löwen in St. Leon aus dem Domänenwald „Untere Lußhard": X.797

Forlen: 700 Schwellen, 470 Klötze und Abschnitte;

Laubholz: Nutzschichtholz: 27 Ster eichene, 37 Ster rotbuchene, 60 Ster weißbuchene, 30 Ster erlene Scheiter und Rollen. Stangen: 18 eschene, 25 weißbuchene, 4 birkene. Stämme und Klötze: 47 Rotbuchen, 5 Weißbuchen, 83 Eichen, 25 Erlen, 30 Birken, 8 Ulmen, 15 Eschen, 1 Ahorn, 1 Linde.

Auszüge besorgt Forstwart Bitz in St. Leon.

Holzversteigerung.

Das **Großh. Forstamt Durlach** versteigert am **Dienstag, den 20. Januar d. J., vormittags 10 Uhr, in Nagels Halle in Durlach** aus dem Domänenwald Rittnert, Abteilung 9, Abtrieb: 228 Ster buchenes, 10 Ster eichenes, 4 Ster gemischtes Scheitholz; 21 Ster buchenes, 10 Ster gemischtes Prügelholz; 700 buchene, 500 gemischte Laubholzwellen; 1 Los Schlagraum.

Aus Abteilung 10: ein Los Schlagraum. X.810.

Aus Abteilung 4 von einer Durchforstung: 90 Ster buchenes, 1 Ster eichenes, 1 Ster gemischtes Scheit- und Rollenholz; 34 Ster buchenes, 2 Ster eichenes, 107 Ster gemischtes Prügelholz; 1375 gemischte Laubholzwellen, 1 Los Schlagraum; aus Abteilung 6, 8, 9, 20 von einer Läuterung: etwa 15 Faschinenhaufen.

Forstwart Bauer in Berghausen zeigt das Holz auf Verlangen vor.

Schreibgehilfenstelle.

Bei unterzeichnetem Notariat ist auf 1. Februar l. Js. eine **Schreibgehilfenstelle zu besetzen. Bewerber, die schon im Notariat tätig waren und ältere Inzipienten erhalten den Vorzug.**

Gehalt jährlich 600 Mk. [X'812.1

Kehl, den 14. Januar 1903.

Großh. Notariat I.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Neubau von Dienstwohngebäuden für Zollbeamte in Meersburg sollen die Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Maler-, Tapezier- und Pflästererarbeiten auf Grund von Angeboten auf Einzelpreise vergeben werden.

Vom Montag, den 12., bis Samstag, den 24. Januar, können Pläne und Bedingungen in unserem Zeichensaal (Rheingasse Nr. 20, ebener Erde) eingesehen und die Angebotsformulare in Empfang genommen werden. Die Angebote sind verschlossen, mit der Aufschrift

„Dienstwohngebäude Meersburg" versehen, portofrei bis **Samstag, den 24. Januar, abends 5 Uhr,** bei uns einzureichen, zu welcher Zeit die Submissionseröffnung stattfindet.

Konstanz, den 9. Januar 1903.

Großh. Bezirksbauinspektion.

Engelhorn. X.729.3

Bürgerliche Rechtsstreite.

Konkurse.

X.800. Nr. 1715. **Heidelberg.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Dampfwaschanstaltsbesitzers Albert **Schmidt** in Heidelberg wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben, was hiermit veröffentlicht wird.

Heidelberg, den 14. Januar 1903.

Fabian, Gr. Amtsgerichtssekretär.

W'641.2 Rothweil.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in der Gemarkung Kiechlinsbergen belegenen, im Grundbuche von Kiechlinsbergen zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Heinrich Hirtler, Oekonom in Kiechlinsbergen eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am

Donnerstag den 22. Januar 1903, Vormittags ½10 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat im Rathhau e zu Kiechlinsbergen versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. September 1902 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen, die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:

a. Hofraithe sammt Anlagen 29 ar 60 qm, Hausgarten mit Pflanzenhaus 24 ar 80 qm, Weinberg 49 ar 25 qm.

Auf der Hofraithe steht ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller, eine einstöckige Scheuer mit Stall und andern Gebäulichkeiten.

Anschlag . . . . . . 25 000 M.

Das Anwesen eignet sich besonders zu einer Großweinhandlung u. a.

b. 14 Parzellen Ackerland, Anschlag 3250 M.

c. 16 Parzellen Wald, Anschlag 1070 M.

d. 24 Parzellen Weinberg, Anschlag 7120 M.

e. 10 Parzellen Grasland, Anschlag 2275 M.

Rothweil, den 18. November 1902.

Großh. Notariat
als Vollstreckungsgericht.
Hollerbach.

Vergebung von Wasserleitungsarbeiten.

Die Gemeinde **Bahlingen,** Amt Emmendingen, vergibt im Wege der öffentlichen Verdingung die Herstellung der Rohrgraben und das Liefern und Montieren von beiläufig 11 000 Meter Gußeisenröhren in Lichtweiten von 25 bis 150 mm mit Formstücken und Maschinenteilen.

Angebote sind in die von uns zu beziehenden Formulare einzutragen und bis längstens **Montag, den 26. Januar d. J., vormittags 9 Uhr,** verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, beim Gemeinderat Bahlingen einzureichen. X.747.2

Die Oeffnung der Angebote findet zu obigem Termine auf dem Rathause in Bahlingen statt.

Zuschlagsfrist zehn Tage.

Großh. Kultur-Inspektion.

X. 816. **Karlsruhe.**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Für die auf den nachverzeichneten Ausstellungen ausgestellten und unverkauft bleibenden Gegenstände und Tiere wird auf den diesseitigen Strecken unter den üblichen Bedingungen frachtfreie Rückbeförderung gewährt.

1. Große Kunstausstellung der Kunsthalle in Bremen (1. Februar bis 15. März 1903),
2. Ausstellung der Geflügel- und Vogelzuchtvereine des Hohenzollern und des Bad. Schwarzwaldgaues in Tuttlingen (21. bis 23. Februar 1903),
3. Geflügel- und Vogelzuchtausstellung in Frankfurt a. M. (20. bis 23. Februar 1903).

Karlsruhe, den 14. Januar 1903.

Großh. Generaldirektion.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.